

Die Neue Gesell- schaft 6

1976
23. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH.
Köln, Straße 143, 5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon (0 22 21) 88 31
Postscheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: Vorwärts-Druck, Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 3,- DM, Jahresabonnement 30,- DM zuzüglich Versandkosten.
Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag.
Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.
Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten. Anzeigenpreisliste Nr. 7

*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt*
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schlrmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Kölner Straße 143
53 Bonn-Bad Godesberg
Telefon 37 80 91, 37 80 92

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Joachim Steffen
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zum Inhalt

Im „sozialdemokrat magazin“ waren sie angekündigt, die Redaktion der NG war in froher Erwartung, aber dann kamen sie nicht, einige der avisierten Artikel über Strukturpolitik und portugiesische Wahlen. Dennoch meinen wir, daß es im vorliegenden Heft recht gut gelungen ist, das, was im Augenblick in der SPD unter der Überschrift „Strukturpolitik“ diskutiert wird, zusammenzufassen und zumindest in Ansätzen sichtbar zu machen.

Dabei wurde bewußt darauf verzichtet, den Begriff „Strukturpolitik“ eng zu fassen oder streng in Verkehrspolitik, Regionalpolitik, Wirtschaftsstrukturpolitik usw. zu untergliedern. Geht man nämlich bei den einzelnen Politikgebieten näher ins Detail, so zeigt sich sehr schnell, daß Reformen, die über kosmetische Versuche hinausgehen, immer an Strukturen auch anderer Gebiete rühren; Reformen hier bedingen Veränderungen dort.

Damit – auch im Sinne von Strukturpolitik – ist die politische Durchsetzbarkeit von Reformen angesprochen. Auch wenn es nicht ausdrücklich gesagt wird, so läßt sich doch für die in diesem Heft vorliegenden Arbeiten das Resümee ziehen, daß auf Dauer strukturelle Verbesserungen in unserer Gesellschaft, und damit mehr Freiheit für den einzelnen Menschen, nur dann durchzusetzen sind, wenn die einzelnen in die Diskussion um Strukturveränderungen miteinbezogen werden.

So schwer die Aufgabe sein mag, die komplizierten strukturellen Zusammenhänge

beispielsweise bei der Wirtschaftspolitik oder bei der Arbeitsplatzsicherung für jeden verständlich zu machen, es bleibt für eine demokratische Partei, die Demokratie ernst nimmt, keine andere Wahl, als nach Mitteln und Wegen der (einfachen, aber nicht vereinfachenden) Erklärung zu suchen und bei Wählern und Betroffenen für ihre Ziele um Vertrauen zu werben. Dabei kann sicher von Nutzen sein, daß die Mehrzahl der Menschen im eigentlichen Sinne des Wortes betroffen ist: Sichere Arbeitsplätze, eine florierende Wirtschaft, die die Bedürfnisse nicht nur weniger, sondern der vielen zu befriedigen in der Lage ist, menschliche Städte und Wohnungen sind Dinge, die jeden angehen.

Die SPD hat es von ihrem programmatischen und praktischen Selbstverständnis her schwerer als die Konservativen aller Schattierungen. Sie muß erklären, warum sie Veränderungen will, sie muß erklären, wie sie unsere Gesellschaft humaner und demokratischer machen will. CDU/CSU werden sich weiter ihre Wahlkampfreden von Franz Josef Strauß und Alfred Tetzlaff diktieren lassen und werden weiterhin Freiheit mit Gewerbefreiheit verwechseln. Wir dürfen nicht mit gleicher Münze heimzahlen, aber wir können dafür sorgen, daß allmählich auch die Sympathisanten Alfreds das schwarze Theater als das erkennen, was es ist: Kulisse vor dem Kampf um die Bewahrung von Privilegien.

Ein Hinweis in eigener Sache für die Freunde der NG: Von der Redaktion können kostenlos zweifarbige Poster „Die Neue Gesellschaft“ angefordert werden. Postkarte genügt.

Seite	Autor	Titel
444	Hans de With	Freiheit, Staat und Gesellschaft im Verständnis der SPD
448	Rudolf Scharping	Grundwerte, wirtschaftliche Krisen und das Problem der „Gleichheit“
452	Klaus Relff	Aussöhnung mit Polen – eine historische Aufgabe für die deutsche Sozialdemokratie
457	Volker Hauff	Sichere Arbeitsplätze durch Modernisierung der Wirtschaft
460	Frieder Naschold/ Werner Vöth	Raumstrukturelle Entwicklungspolitik als Strategie langfristiger Arbeitsplatzsicherung
468	Karl Otto Hondrich	Konjunkturpolitik als Gesellschaftspolitik
474	Claus Schäfer/ Harmut Tofaute	Zum Konflikt zwischen Spar- und Reformpolitik
480	Ulrich Pfeiffer	Zur Großstadtpolitik der SPD
483	Peter Ulrich	Vermögensbildung im Wohnungssektor
487	Hans-Günter Naumann	Verkehrspolitik für strukturschwache Räume
492	Horst Hochgreve	Möglichkeiten und Grenzen gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung
495	Wenzel Bredl	Die Verteilung des Produktionsfaktors Kapital ist eine Notwendigkeit
498	Uwe Holtz	Neue Weltwirtschaftsordnung und Strukturpolitik
504	Rolf Linkohr	Der Aufstand der Regionen – eine Herausforderung an Europas Sozialisten
509	Norbert Wleczorek	Einige Aspekte einer gemeinsamen sozialistischen Wirtschaftspolitik in der EG
511	Helga Köhnen	Die Zusammenarbeit der Sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft
516	Roland A. Höhne	Die Rolle der KPF bei der Vorbereitung der KP-Konferenz in Ost-Berlin
519	Helmut Heinzlmeir	Großmacht Brasilien?
522		Leserbrief
523		Kritik
528		Mitarbeiter dieses Heftes

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Beltz-Verlages, Weinheim/Basel, bei.

Klaus Relff: Aussöhnung mit Polen – eine historische Aufgabe für die deutsche Sozialdemokratie

I.

Im Jahre 1962 setzte der Besuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in der Bundesrepublik den Schlußstrich unter eine leidvolle Vergangenheit des französischen und deutschen Volkes. Seine Visite war gleichsam der krönende Abschluß eines Prozesses der Aussöhnung und Normalisierung zwischen den Nachbarn auf beiden Seiten des Rheins.

In seiner historischen Bedeutung läßt sich der Besuch des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Edward Gierek, in der Bundesrepublik mit der Reise de Gaulles an den Rhein zweifellos vergleichen. Und dennoch hat er eine andere Dimension. Deutschlands Nachbar im Osten hatte unter dem preußischen Militarismus, einer schonungslosen Germanisierungspolitik und einem mörderischen deutschen Faschismus ungleich stärker zu leiden als der Nachbar im Westen. Hatte sich Preußen zusammen mit Rußland und Österreich die Zerschlagung der staatlichen Existenz Polens zum Ziel gesetzt, so war es dem deutschen Nationalsozialismus vorbehalten, die physische Vernichtung des polnischen Volkes zu versuchen.

Das polnische Volk hat dem deutschen Imperialismus getrotzt. Es hat seine Eigenstaatlichkeit wiedererlangt, den Faschismus überlebt und seine Stellung in der europäischen Völkerfamilie in dem Maße gefestigt, wie Deutschland durch sein Kriegsabenteurerium verlor und draufzahlen mußte.

Bundeskanzler Helmut Schmidt charakterisierte jüngst den Besuch Edward Gierkes in der Bundesrepublik als „das herausragendste Ereignis in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, seit August der Starke von Sachsen König von Polen wurde“. Das war vor genau 279 Jahren.

Der Besuch des Ersten Sekretärs der PVAP fällt in eine Zeit der entscheidenden Welchenstellung zur Gestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau. Eine realistische und kämpferische Politik auf beiden Seiten hat durch vertragliche Abmachungen die belastenden Relikte aus der Vergangenheit beseitigt. Jetzt kommt es darauf an, durch eine kluge Politik, die sich an den Erfahrungen aus der Vergangenheit orientiert, die Basis des Vertrauens zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu verstärken. Darauf aufbauend kann eine Zusammenarbeit praktiziert werden, die den europäischen Völkern ein Beispiel dafür gibt, wie zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen konsequent die Beschlüsse der KSZE-Konferenz in Helsinki in die Tat umsetzen.

Es ist die historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, das Werk der Aussöhnung Deutschlands mit seinen Nachbarn durch praktische



Vereinbarungen mit Polen zu krönen. Die SPD vollendet im Osten unter ungleich komplizierteren Bedingungen, was CDU-Regierungen im Westen begonnen haben. Keine andere politische Kraft in der Bundesrepublik wäre dazu fähig gewesen.

Was an Positivem in der politischen Aussage der CDU/CSU gegenüber Polen noch enthalten war, ist durch das unwürdige Taktieren bei der Abstimmung über die Verträge im Bundesrat verlorengegangen. Die Unionsparteien sind in ihrer Haltung gegenüber Polen unglaubwürdig geworden.

II.

Die Wurzeln sozialdemokratischer Polen-Politik reichen zurück bis zu jenen engagierten Demokraten in Deutschland, die den polnischen Patrioten des mißglückten November-Aufstands von 1830 gegen die Willkür zaristischer Besatzer alle erdenkliche Hilfe angedeihen ließen, als sie zur Strafe des Landes verwiesen wurden. Es entsprach und entspricht sozialdemokratischem Selbstverständnis, solidarisches für jene einzutreten, deren Freiheit unterdrückt und deren Menschenrechte gebeugt werden. Folgerichtig war die SPD ebenso Gegner der preußischen Germanisierungspolitik gegenüber Polen wie Verbündeter im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland.

In der Zeit des nationalsozialistischen Terrors, der sich insbesondere auch gegen die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschafter richtete, fühlten sich die Sozialdemokraten in einer Schicksalsgemeinschaft mit dem polnischen Volk. Die Erfahrungen gemeinsamen Leidens waren zweifellos eine günstige Voraussetzung für ein zukünftiges besseres Verstehen und die Formung einer neuen deutschen Polen-Politik.

Allein zu viele andere Faktoren der Nachkriegs-Politik türmten sich zu einer Barriere auf, die zu Überwinden es fast 30 Jahre gekostet hat. Illusionen und Emotionen haben verhindert, aus den Folgen des von Hitler angezettelten Zweiten Weltkriegs gleich 1945 gegenüber Polen die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Nur wenige hatten damals den Mut, unpopuläre Meinungen zu äußern, der Bevölkerung bei uns klipp und klar zu sagen, daß ein verlorener Krieg Konsequenzen hat, auch Verzicht verlangt. Es war der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, der 1950 vor Illusionen hinsichtlich einer Rückkehr in die ehemals deutschen Ostgebiete warnte. Man wisse sehr genau, sagte Ernst Reuter damals, daß man bei einer Vereinbarung mit Polen Entgegenkommen werde zeigen müssen.

Zu den mutigen Verfechtern einer realistischen

Polen-Politik gehörte in den fünfziger Jahren ganz besonders Carlo Schmid. Es ist vor allem sein Verdienst, die Nachkriegs-Politik der SPD gegenüber Polen in neue Gleise gelenkt zu haben. Ihm war schon damals klar, daß die Haltung der Bundesregierung unter Konrad Adenauer, aber auch die Auffassungen in Kreisen seiner eigenen Partei in Bezug auf die Regelung des Verhältnisses zu Polen einer kritischen Überprüfung bedurften.

Auf der Jahreskonferenz der „Europäischen Bewegung“ in Bad Neuenahr im Jahre 1956 sprach Carlo Schmid davon, mit Polen zu verhandeln und zwar in der Bereitschaft zu verhandeln, auch seinerseits Verzicht auszusprechen. Es gebe sonst keinerlei Chance, daß bei solchen Verhandlungen etwas herauskomme.

Löste diese Aussage schon heftige Reaktionen aus, so steigerten sich diese zu einem Sturm der Entrüstung, als Carlo Schmid 1958 in der Warschauer Universität zur Versöhnung mit Polen aufrief. Seine Worte vor dem Auditorium in der polnischen Hauptstadt verdienen es festgehalten zu werden als ein Zeugnis humanitärer Gesinnung und Aufrichtigkeit. Carlo Schmid sagte:

„Von einem Katheder dieser Universität lehrend das Wort zu ergreifen, ist für einen Deutschen nicht möglich, ohne zuvor zu sagen, welche Gefühle ihn bewegen – weiß er doch, daß er in einem Lande spricht, dem von Menschen seines Volkes unendliches Leid zugefügt worden ist, in Verbrechen ohne Zahl. Wenn es eine Kollektivschuld im strafrechtlichen Sinne des Wortes auch hierbei nicht geben kann, so weiß jeder redliche Deutsche, daß die an Polen begangenen Untaten auch auf seinem Gewissen lasten – auch auf dem Gewissen dessen, der mehr als ein Jahrzehnt seines Lebens damit zugebracht hat, die Herrschaft des Unmenschen zu bekämpfen.“

Er weiß auch, daß, was in Ihrem Lande geschehen ist, durch nichts aufgerechnet werden kann. Solche Untaten können nicht vergessen werden – sie dürfen vor allem nicht von denen vergessen werden, in deren Namen sie begangen worden sind. Vielleicht können sie vergeben werden, aber darum darf man nicht einmal bitten! Vergebung ist ein freies Geschenk dessen, der gelitten hat. Aber vielleicht können wir nach dem Schrecklichen versuchen, miteinander am Aufbau einer Welt zu arbeiten, die so stark im Guten ist, daß es unseren Kindern unmöglich sein wird, überhaupt zu begreifen, daß einmal geschehen konnte, was wir als Wirklichkeit erleben.“

In diesen Jahren wurde in der SPD in immer stärker werdendem Maße ein Umdenkungsprozeß sichtbar. Unter der Überschrift „Ostpolitik in der

Sackgasse" schrieb der „Vorwärts“ 1957 in einem Grundsatzartikel unmittelbar vor der Bundestagswahl:

„Alle Überlegungen werden davon auszugehen haben, daß Hitlers heimtückischer Überfall dem polnischen Volk furchtbare Wunden geschlagen hat und daß die territorialen Verschiebungen im ost-europäischen Raum mit allen ihren verheerenden Folgen für die von ihnen betroffenen Menschen die unmittelbaren oder mittelbaren Ergebnisse seiner skrupellosen Eroberungspolitik waren. Sie sind es auch, die heute über den Ideologischen Gegensatz hinaus die Beziehungen zwischen Ost und West vergiften. Wir sollten daher der polnischen Haltung in der Grenzfrage Verständnis entgegenbringen, wenn auch ein A-priori-Verzicht auf die deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße von einer west-deutschen Regierung nicht erwartet werden kann. Eine deutsch-polnische Verständigung über das heikle Problem kann nur aus einer freundschaftlichen Atmosphäre erwachsen, die ihrerseits eine vorbehaltliche Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen zur Voraussetzung hat.“

Zur Bundestagswahl im Jahre 1961 legte die Sozialdemokratische Partei ein Regierungsprogramm vor, das schon deutlich die Handschrift des damaligen Kanzlerkandidaten Willy Brandt erkennen ließ. Unter Punkt 4 hieß es dort:

„Zu den neuen Elementen Ihrer Außenpolitik werden die Bemühungen der künftigen Regierung gehören, mit allen osteuropäischen Völkern, vor allem auch mit dem polnischen Nachbarvolk, friedlich zusammenzuarbeiten und das Verhältnis zu ihnen zu versachlichen. Einem Friedensvertrag kann dabei nicht vorgegriffen werden. Der neuen Bundesregierung wird es hier nicht nur um Formalitäten, sondern es wird ihr um den Inhalt der Beziehungen gehen. Ein besseres gelstiges Verständnis kann ohnehin nicht beschlossen werden, sondern es muß gewollt, gefördert und gepflegt werden, unabhängig von den gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten. Wir müssen uns dabei immer daran erinnern, daß Europa nicht an der Elbe aufhört und daß wir einer europäischen Zusammenarbeit den Weg ebnen müssen, die Ost und West zusammenführt.“

Noch deutlicher wurde Willy Brandt auf dem Dortmunder Parteitag im Juni 1966, wenige Monate vor dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung der Großen Koalition. Die Position der Partei für eine Übereinkunft mit Polen umriß er mit den folgenden Sätzen: „Zur Wahrhaftigkeit gegenüber unserem Volk gehört, daß wir auf diesem Parteitag noch deutlicher als zuvor sagen: Eine Friedensregelung, wenn sie eines Tages kommt, wird Opfer verlangen. Diese Opfer werden

in der Welt verstanden werden als der international-rechtliche Preis für den von Hitler begonnenen und verlorenen Krieg. . . Manche Leute tun so, als hätten wir die Gebiete östlich der Oder-Neiße. In diesem Sinne „haben“ wir ja nicht einmal das, was zwischen uns und der Oder-Neiße liegt. Manche Leute tun auch so, als hätten sich die befreundeten Staaten durch mehr als Rechtsvorbehalte engagiert; einige bekanntlich nicht einmal dadurch. Aber ich füge hinzu: Unsere abgewogenen Erklärungen hatten und haben ihren guten Sinn, und ich will Euch sagen, weswegen: Keiner tut gut daran, mehr zu versprechen, als er geben kann.“

Auf diesem Parteitag warnte auch Helmut Schmidt in seinem großen außenpolitischen Referat vor „Wunschträumen“. Er sagte dabei unter anderem:

„Wir Deutschen können von keiner deutschen Regierung der Zukunft erwarten, daß sie den von Hitler begonnenen, total geführten, total verlorenen Krieg am Konferenzisch . . . ungeschehen oder gar nachträglich gewinnen kann. Der Verlauf und der Ausgang des Krieges haben unser Verhältnis zu Polen in einer für beide Seiten menschlich schwer erträglichen Weise belastet . . . und wir werden daran noch lange zu tragen haben. Wir sollten deshalb umso dankbarer die Kräfte der Versöhnung anerkennen, die sich in beiden Völkern öffentlich zu regen beginnen.“

Die politische Linie sozialdemokratischer Polen-Politik für die ab 1969 von der SPD geführte Bundesregierung zeichnete dann der Parteitag in Nürnberg 1968 in einem Beschluß eindeutig vor. Zum Thema „Beitrag der SPD zu aktuellen Problemen der deutschen Politik“ heißt es dort:

„Diese Politik wird umso erfolgreicher sein, je klarer unser Wille zum Ausdruck kommt, die bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere die gegenwärtige polnische Westgrenze, zu respektieren und anzuerkennen, bis die deutschen Grenzen in einer friedensvertraglichen Regelung, die von allen Beteiligten als gerecht und dauerhaft empfunden werden kann, endgültig festgelegt werden.“

III.

Fast 15 Jahre hatte diese Entwicklung gedauert, ehe der Boden für den Abschluß des Warschauer Vertrages 1970 bereitet war. Es war vor allem dem Einsatz Willy Brandts zu danken, daß politischer Realismus in einem sicherlich schwierigen Prozeß Emotionen und Wunschvorstellungen aus der Vergangenheit verdrängte.

Für Willy Brandt stand die Versöhnung mit dem polnischen Volk im Mittelpunkt seiner Polen-Politik. Als moralische Kategorie seiner Politik hatte er sie

an den Beginn des Normalisierungsprozesses mit Polen gesetzt. Für die polnische Führung sind dadurch das Bemühen um Vertrauen und der auf richtige Charakter seiner Politik besonders deutlich geworden.

Willy Brandt nannte die Versöhnung mit dem polnischen Volk eine moralische und politische Pflicht, da ohne sie die Zukunft Europas nicht gesichert sei. Er setzte sich dafür ein, daß die Aussöhnung mit Polen mit der gleichen Intensität verfolgt wird, wie die mit Frankreich.

Was Willy Brandt in seiner bewegenden Fernsehansprache aus Warschau am 7. Dezember 1970 sagte, markierte deutlich die Beweggründe der Sozialdemokraten für den Normalisierungsvertrag mit Polen:

„Der Vertrag von Warschau soll einen Schlußstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern. Er soll den Weg öffnen dafür, daß getrennte Familien wieder zusammenfinden können. Und daß Grenzen weniger trennen als bisher. Wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten und die Moral als politische Kraft erkennen. Wir müssen die Kette des Unrechts durchbrechen.“

Noch nie zuvor hatte ein deutscher Politiker mit solch starkem persönlichen Engagement eine Politik der Versöhnung mit einem Nachbarvolk verfolgt. Die Anerkennung dafür ist ihm nicht versagt worden. Er hat auf polnischer Seite Vertrauen gefunden und dieses Vertrauen setzt man heute auch in die Polen-Politik seines Nachfolgers im Amt des Bundeskanzlers.

Das zähe Ringen am Rande der KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki um die ersten Abkommen zur praktischen Erfüllung des Warschauer Vertrages hat der polnischen Seite deutlich gemacht, daß Helmut Schmidt nicht weniger Engagement in der Polen-Politik zeigt als sein Vorgänger.

IV.

Die sozialdemokratische Polen-Politik wird notwendigerweise auch künftig pragmatisch betrieben. Ihre Leitlinien, wie sie zum Abschluß des Warschauer Vertrages führten, sind festgeschrieben und bleiben gültig:

1. Anerkennung der polnischen Staatsgrenzen, wie sie als Folge des Zweiten Weltkrieges entstanden sind;
2. Verpflichtung zur Aussöhnung mit dem polnischen Volk;
3. Die Bereitschaft, nach Lösungen zu suchen, die dem polnischen Anspruch auf Wiedergutmachung erlittenen Unrechts gerecht werden;

4. Abbau des noch vorhandenen Mißtrauens auf beiden Seiten und Entwicklung eines neuen Vertrauensverhältnisses im Rahmen einer Politik des Friedens, der Entspannung, des Gewaltverzichts und der guten Nachbarschaft;
5. Ziel sozialdemokratischer Polen-Politik sind nicht allein Aussöhnung und Normalisierung, sondern wirkliche Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk.

Die vom Bundesrat nach hartem politischen Kampf zwischen Regierung und Opposition verabschiedeten Verträge mit Polen sind die ersten praktischen Folgen des Warschauer Vertrages von 1970. Sie sind der deutliche Beweis dafür, daß man nun gemeinsam in die Phase des Agierens und der praktischen Ausfüllung der Vereinbarungen eingetreten ist. Hier zeigt sich der Beginn einer Entwicklung, an deren Ende ein Freundschaftspakt zwischen Bonn und Warschau stehen sollte, analog zum deutsch-französischen Vertrag von 1963.

Aber noch ein anderer Aspekt der jüngsten Verträge verdient Aufmerksamkeit: Renten- und Finanzabkommen, Ausreiseprotokoll und langfristiges Programm zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit sind sichtbarer Ausdruck einer Politik zur ernsthaften Verwirklichung der Vereinbarungen von Helsinki zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Polen und die Bundesrepublik geben Europa ein Beispiel, wie vielfältig die Möglichkeiten zur Kooperation zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen sind, wenn sie nur wirklich gewollt werden.

Ein weiteres Mal haben Polen und die Bundesrepublik durch ihre Politik Europa auf dem Wege des friedlichen Miteinanders vorangebracht. Denn es war vor allem der Warschauer Vertrag mit seiner Regelung der Grenzfrage, der die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erst ermöglicht hat.

Zweifellos hat sich der Normalisierungsprozeß zwischen Warschau und Bonn besonders auf wirtschaftlichem Gebiet erfreulich entwickelt. Allerdings muß davor gewarnt werden, allein die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Gradmesser für den Stand der Normalisierung zu machen. Gute wirtschaftliche Beziehungen können lediglich Motor des Normalisierungsprozesses sein, nicht aber die Normalisierung schlechthin. Fortschritte nur in den Wirtschaftsbeziehungen werden dem hohen moralischen und politischen Anspruch des Warschauer Vertrages nicht gerecht.

Es gilt heute, all jene Aufgaben in Angriff zu nehmen, die vertrauensbildend und zukunftsweisend sind für die Neugestaltung der Beziehungen zwischen

unseren Völkern. Sie müssen vor allem der jungen Generation beider Länder das Wissen und die Instrumente in die Hand geben, die eine erfolgreiche Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen sichern helfen.

Dazu zählt unter anderem die Revision der deutschen und polnischen Schulbücher, für die vor allem die Kultusministerien der sozialdemokratisch geführten Bundesländer noch mehr tun sollten. Entsprechende Empfehlungen der von Georg Eckert begründeten deutsch-polnischen Schulbuch-Kommission liegen vor und sollten so rasch wie möglich Eingang in die Schulbücher finden.

Ein deutsch-polnisches Jugendwerk muß geschaffen werden. Zwar reisen in immer größerer Zahl Jugendliche aus der Bundesrepublik nach Polen, um das Leben unseres Nachbarn kennenzulernen, doch umgekehrt sind die Zahlen noch immer sehr gering. Das mag unter anderem daran liegen, daß für solche Reisen kostbare Devisen aufgewandt werden müssen, die anderswo dringender benötigt werden. Die Begegnung der Jugend aus beiden Ländern muß jedoch vorrangig gefördert werden, denn sie ist es, die in der Zukunft die Beziehungen zwischen beiden Völkern gestalten wird.

Notwendig ist auch ein Austausch von Lehrern und Erwachsenenbildnern. Hier gibt es eine Reihe von Organisationen in der Bundesrepublik, vom Deutschen Volkshochschulverband über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bis hin zur Friedrich-Ebert-Stiftung, die prädestiniert sind, einen

solchen Austausch im Rahmen ihrer Arbeit vorzunehmen.

Polen und Deutsche müssen sich besser kennenlernen, Vorurteile abbauen und in einem ständigen Dialog bleiben. Den Journalisten in beiden Ländern kommt dabei eine ganz besonders wichtige Aufgabe zu. Es liegt zu einem großen Teil in Ihrer Hand, durch eine sachliche und faire Berichterstattung die Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik zu fördern. Der Beitrag der Journalisten zur Ausfüllung des Warschauer Vertrages liegt darin mitzuhelfen, den Normalisierungsprozeß zwischen beiden Ländern unumkehrbar zu machen.

Im Gespräch bleiben, Mißverständnisse klären, Unstimmigkeiten beseitigen, der Gleichgültigkeit rechtzeitig entgegenwirken, das sollte in allen Bereichen der künftigen deutsch-polnischen Zusammenarbeit zur Pflicht werden, um das Erreichte abzusichern. Hilfreich dafür könnte eine Anregung des Bundeskanzlers sein, nach dem Muster der deutsch-britischen Gespräche in Königswinter auch ein deutsch-polnisches Forum für einen regelmäßigen politischen Gedankenaustausch zu schaffen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wäre hier sicherlich die geeignete Institution, diesen Gedanken Helmut Schmidts in die Tat umzusetzen.

Professor Kokot, der verstorbene Direktor des Schlesischen Instituts in Oppeln, hat einmal den Normalisierungsprozeß zwischen Polen und der Bundesrepublik als „ein großes geschichtliches Examen“ bezeichnet. Dieses Examen zu bestehen, sollten sich Polen und Deutsche zur Pflicht machen.

helmut qualtinger: lokalgreuel
bruno kreisky: portugal ohne kp
günther nenning: brief an junge unternehmer
heidi pataki: verflixtes 7. jusojahr
frauenkongreß in brüssel:
vergewaltigt — wir schlagen zurück!
prügel, hexen, hausarbeit — mord & tod & freud

mai/juni 1976

NEUES

FORUM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeigle fand ich in:
Ich bestelle obiges Heft um öS 44 DM 6,50 sfr 7 kostenloses Probeheft
 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)

NAME

ADRESSE